

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 12. Dezember 2022

Für höhere Freibeträge bei der Erbschaftsteuer – Länder müssen jetzt handeln

Wer eine Immobilie erbt, muss selbst für kleine und mittlere Immobilien immer häufiger Erbschaftsteuer zahlen, weil die Freibeträge den gestiegenen Immobilienpreisen schon lange nicht mehr gerecht werden. Während die Immobilienpreise im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen sind, sind die Freibeträge seit über zehn Jahren unangepasst.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer steht den Bundesländern zu. Wir Freie Demokraten rufen die Landesregierungen deshalb dazu auf, eine Initiative zur Erhöhung der Freibeträge zu ergreifen. Die Freibeträge bei der Erbschaftsteuer sollten um 25 Prozent erhöht werden. Darüber hinaus sollten die Steuerfreibeträge aus Erbschaft- und Schenkungsteuer in Zukunft vollständig und automatisch an die Inflation angepasst werden (Indexierung).

Als Substanzsteuer greift die Erbschaftsteuer in bereits mehrfach versteuerte Werte und Vermögen ein. Sie betrifft die breite Mittelschicht und kann Auswirkungen auf die hart erwirtschaftete Altersvorsorge von Hinterbliebenen haben. Werte und Vermögen werden in Familien und im Mittelstand oft über Jahrzehnte von vielen Angehörigen gemeinsam erarbeitet und aufgebaut. Höhere Freibeträge bei der Erbschaftsteuer sind für Hinterbliebene deshalb auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit.

Das Ziel der FDP ist außerdem: Wir wollen mehr Immobilien-Eigentümerinnen und -Eigentümer in Deutschland. Im europäischen Vergleich liegen wir weit abgeschlagen auf den unteren Rängen – hinter Staaten wie Italien, Bulgarien und Albanien. Die seit über zehn Jahren nicht angepassten Freibeträge behindern eine Trendwende hin zu mehr Eigentum.

Die Bundesländer haben es in der Hand und müssen jetzt handeln. Wir begrüßen, dass der Bundesminister der Finanzen bereits angekündigt hat, eine etwaige Initiative der Bundesländer zur Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschaftsteuer zu unterstützen. Der Bund hat bereits viele Pauschalen und Freibeträge in Hinblick auf die Inflation erhöht – vom Arbeitnehmer- bis zum Sparerpauschbetrag. Dem sollten die Länder in ihrem Verantwortungsbereich folgen.